

# Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden  
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Vertrieb: Geb. Anst. Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beringelohn mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der Arbeit und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsführer: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelgenusspreis: Grundpreise: die 29 mm breite Komporeillege  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamette 1,50 M., für ausgedehnte An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-  
suche 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 10 Pf.

Nr. 127

Dresden, Freitag den 4. Juni 1926

37. Jahrg.

## Steueropfer für die Fürsten?

Von Dr. Paul Herz

Das Reich schwimmt im Gelde der Steuerzahler. Das ist die Meinung vieler Staatsbürger. Sie haben infolge dessen den begründeten Wunsch, daß die Steuerlasten ermäßigt werden. Für das Jahr 1924 war diese Forderung zurecht. Damals erzielte das Reich einen Ueberschuß von 2 Milliarden Mark. Auch im Jahre 1925 hat die Reichskasse noch beträchtliche Ueberschüsse gehabt. Zwischen aber hat sich die Lage geändert. Eine ganze Reihe von Steuern ist abgebaut oder ermäßigt worden. Die Weinsteuer und die Zugssteuer sind ganz verfallen. Die Vermögenssteuern sind erheblich gemindert. Auch Umsatzsteuer und Lohnsteuer konnten herabgesetzt werden. In den Ausgaben aber ist kein wesentlicher Rückgang eingetreten. Die Unterhaltungen, die Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe vom Reich beanspruchen, haben im Gegenteil viele Millionen verschlungen.

Zu alledem kommt der Einfluß der Wirtschaftskrise. Zwei Millionen Erwerbslose und eine fast ebenso große Zahl von Kurzarbeitern belasten nicht nur die Allgemeinheit mit Aufwandsbeiträgen, sie fallen auch als Steuerzahler vollkommen aus. Zahllose selbständige Existenzen haben ihren Betrieb einstellen oder einschränken müssen. Auch ihre Steuerkraft ist geschwunden. Je länger die Wirtschaftskrise andauert, um so stärker müssen ihre Einwirkungen auf den Steuerertrag werden.

Langsam, aber sicher gehen deshalb die Reichseinnahmen zurück.

Am deutlichsten zeigt das ein Vergleich der Gesamteinnahmen des Reiches in den ersten vier Monaten der Jahre 1925 und 1926. Es wurden vereinnahmt in Millionen Reichsmark:

|           | 1925   | 1926   |
|-----------|--------|--------|
| Januar    | 768,8  | 663,5  |
| Februar   | 648,1  | 446,7  |
| März      | 601,6  | 442,9  |
| April     | 652,8  | 584,5  |
| Insgesamt | 2671,3 | 2137,6 |

In den vier Monaten Januar bis April sind also die Einnahmen um ein volles Fünftel zurückgegangen. Das ist um so bedeutender, als sich hierin nur der Einfluß der Wirtschaftskrise ausdrückt. Denn die jüngst beschlossenen Steuerermäßigungen, die erst am 1. April 1926 in Kraft getreten sind, werden erst in den nächsten Monaten wirksam werden und einen weiteren Rückgang der Reichseinnahmen herbeiführen. Besonders groß ist der Rückgang des Ertrages der Umsatzsteuer und der Lohnsteuer, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist:

|           | Umsatzsteuer | Lohnsteuer | in Millionen RM. |       |
|-----------|--------------|------------|------------------|-------|
|           | 1925         | 1926       | 1925             | 1926  |
| Januar    | 201          | 112,3      | 126,1            | 105,4 |
| Februar   | 126,6        | 70         | 122,5            | 81,4  |
| März      | 113          | 70,4       | 127              | 78,6  |
| April     | 136,9        | 99,5       | 126,1            | 79,4  |
| Insgesamt | 577,5        | 352,2      | 501,7            | 344,8 |

Der Ertrag der Umsatzsteuer ist also in den Monaten Januar bis April 1926 um etwa 40 Prozent, der Ertrag der Lohnsteuer um etwa 30 Prozent niedriger als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1925. Bei Beurteilung dieser Zahlen ist zwar zu berücksichtigen, daß der Steuerfuß bei der Umsatzsteuer 1925 1½ Prozent, 1926 aber nur 1 Prozent betrug. Bei der Lohnsteuer war der Steuerfuß 1925 60 M. monatlich, 1926 100 M. monatlich. Der Rückgang des Ertrages bei beiden Steuern ist aber wesentlich größer als die Herabsetzung des Steuerfußes bzw. der Steuerbelastung. Also auch hier ist

der Steuerertrag die Folge der Wirtschaftskrise.

Da die Wirtschaftskrise andauert, muß mit einem weiteren Rückgang der Steuererträge gerechnet werden. Allein bei der Lohnsteuer wird, wenn sich die Wirtschaftslage nicht bald und entscheidend bessert, ein Jahresertrag von rund einer Viertelmilliarde zu verzeichnen sein. Auch bei der Umsatzsteuer wird die Summe der Voranschläge von rund einer Milliarde Mark bei dem herabgesetzten Steuerfuß von 4 Prozent nicht erreicht werden. Auch bei anderen Steuern sind Verluste zu erwarten. Die Finanzlage des Reiches beginnt also sehr ernst zu werden. Und wenn auch im Augenblick keine unmittelbare Gefahr für die Stabilität der Reichsfinanzen besteht, so kann sie doch entstehen. Die Zeit der Ueberschüsse in den Reichsfinanzen ist endgültig vorbei. Will das Reich seine Verpflichtungen gegenüber seinen notleidenden Bürgern auch nur im bescheidensten Umfang erfüllen, so wird es mindestens die bisherigen Steuerleistungen aufrechterhalten müssen. Es kann vor allem aber keine neuen weittragenden finanziellen Verpflichtungen übernehmen.

Am allerwenigsten aber kann das Reich die Fürsten mit Milliardenbeträgen abfinden. Daß diese Milliardensummen zum größten Teil aus Grundbesitz und nur zum kleineren Teil aus Parafindungen bestehen, ist von untergeordneter Bedeutung. Die Verbeträge gehen auf alle Fälle in die Hunderte von Millionen, um die die öffentlichen Kassen erleichtert werden sollen. Die Ueberzeugung von erheblichem Grundvermögen entzieht außerdem den öffentlichen Kassen die daraus fließenden und zum Teil recht großen laufenden Einnahmen.

Auch der Einwand, daß diese Lasten nur die Länder treffen und nicht das Reich, ist völlig verfehlt. Die Länder leben finanziell vom Reich. Ihre eigenen Einnahmen sind klein gegenüber den Zuschüssen, die sie vom Reich erhalten. Jede Belastung der Länder ist eine Belastung des Reiches und der Allgemeinheit der Steuerzahler. Werden solche Lasten übernommen, so sind sie ohne weitere Anspannung der Steuern nicht auszubringen.

Es besteht also die Gefahr, daß das notleidende Volk aufs neue opfern muß, damit die entthronten Fürsten ein behagliches Leben führen können.

Jeder Pfennig, der den Fürsten zukommt, wird den wirklich Bedürftigen entzogen werden. Wenn schon jetzt kein Geld für die Erwerbslosen, die Invaliden, die Kriegsoffer, die existenzlosen Auslandsdeutschen und die enteigneten Später vorhanden ist, nach der Fürstenabfindung wird es noch viel weniger da sein.

Schon jetzt wollen die reaktionären Kreise alle sozialen Lasten und Verpflichtungen abbauen. Ihnen sind die Erwerbslosenunterstützung, die Unfall-, Alters-, Invaliden- und Kriegrenten viel zu hoch. Daß Pensionen für Generale mit 20 000 M. jährlich zu hoch sind, ist aber von diesen Kreisen noch nie behauptet worden. Offiziere und Fürsten sollen unter Ausnahmestellung stehen.

Das Interesse des Volkes gebietet aber, daß die Ansprüche habgieriger Fürsten abgewiesen werden. Die Not Deutschlands muß von allen gemeinsam getragen werden!

### Zentrum und Reichsbanner

Breslau, 3. Juni. (Sig. Draht.) Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hält am Sonnabend und Sonntag in Glogau die erste große Grenzland-Rundgebung in Oberschlesien ab. Als Redner sind u. a. Reichstagsabgeordneter Dr. W. G. und der ober-schlesische Reichstagsabgeordnete Benno Stelling vorgesehen.

Politisch bemerkenswert ist, daß außerdem jenseit der dem Zentrum angehörende Oberpräsident als auch der gleichfalls als Zentrumspolitiker bekannte Glogauer Oberbürgermeister Begrüßungsansprachen halten werden. Außerdem ist hervorzuheben, daß sämtliche ober-schlesischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten des Zentrums ohne Ausnahme und ebenso der Oberpräsident und der Landeshauptmann im Namen des Zentrums den Aufruf für diese Reichsbanner-Rundgebung unterstützen haben. Man wird nicht fehlgehen, wenn man feststellt, daß die letzten Ausschreitungen der Rechtsradikalen und ihre Bedrohung durch die Rechtsparteien die Zentrumspartei auch in Schlesien neuerdings wieder gemacht haben an ihre Pflicht als Hüterin der republikanischen Staatsform.

### Ein Generalsdirektorium in Portugal

Lissabon, 4. Juni. (Sig. Funkpost.) Nach Meldungen aus Lissabon ist am Donnerstag endgültig die Bildung der neuen portugiesischen Regierung zustande gekommen. In ihrer Spitze steht als Ministerpräsident und Innenminister Capitão Cabecado; Kriegs- und Kolonialminister ist General Gomes und Außenminister General Carmona. Diese drei Minister bilden zusammen einen obersten Landesauschuß.

## Indifferenz und Volksentscheid

Es gibt in Deutschland Millionen von Menschen, die jede Beschäftigung mit politischen Tagesfragen „grundsätzlich“ ablehnen. A. V. viele Kaufleute oder Techniker, die völlig in den Fragen ihres Berufes aufgehen, ganz zu schweigen von den Hunderttausenden, deren Lebensinhalt heute der Sport und ähnliches ist. Es sind unpolitische Menschen, die fälschlicherweise glauben, durch die Beschäftigung mit politischen Fragen Zeit für die Arbeit an denjenigen Gegenständen zu verlieren, um die sich ihr ganzes Tun und Denken dreht. Sie verneinen, durch bloßen Zeitverlust, als den sie den Weg zur Wahlurne gemeinlich ansehen, ihre persönliche und eigentliche Ziel zu gefährden. Ohne Zweifel macht diese, wirtschaftlich gesehen, äußerst wertvolle Menschenschicht einen

großen Teil der Nichtwählerpartei

in Deutschland aus, und es besteht auch diesmal wieder die Gefahr, daß die Stimmen von Millionen solcher Mitbürger am 20. Juni für die Entscheidung in der Abfindungsfrage verlorengehen — einzig und allein aus falsch verstandener Wirtschaftlichkeit, aus übel angebrachter Zeitökonomie.

Auch der unpolitische Mensch verbindet durchweg mit seiner Arbeit im hoch ideale Aufgaben. Der eine will die Erleichterung der Jugend durch Sport und Spiel, der andere staut über die Verbesserung von Maschinen usw. nach. Gerade das deutsche Volk ist mit diesen individualistisch gearteten Naturen reich gesegnet, die allerdings ein gutes Fundament für unsere kulturellen und wirtschaftlichen Aufstiege abgeben. Ein Fehler ist es aber, daß jeder glaubt, nun ausgerechnet durch die Idee, die ihn befeelt und für die er lebt, den Fortschritt zu garantieren und deshalb auf die Ausübung seiner Wahlpflicht verzichten zu können. So werden Fragen der Politik nicht in dem Maße, wie es notwendig ist, gewürdigt, und deshalb wird der unpolitische Mensch, so wichtig er auch in seinem Fach sein mag, Hindernis für eine Entwicklung, die er im Grunde genommen selbst will und für die er sich aufopfert.

Es fehlt hier in bedeutendem Maße der Blick für das Ganze,

für die Entwicklung in großen Zügen, die sich allerdings nicht ohne Teilarbeit durchziehen kann, ohne die aber wiederum jede Teilarbeit unisono ist. Bei dem Volksentscheid geht es darum, ob das deutsche Volk Hunderte von Millionen seinen ehemaligen regierenden Häusern opfern will oder nicht. Das was dem unpolitischen Menschen zunächst als Angelegenheit erscheint, die schließlich „den Staat“ und die ehemaligen Dynastien, aber nicht seine Arbeit und sein Fach angeht. Man leicht ist er geneigt zu sagen: was kümmert mich diese Auseinandersetzung, mögen diejenigen, die sich mit politischen Fragen beschäftigen, sehen, wie sie fertig werden. Wir nimmt die Beschäftigung mit solchen Dingen nur Zeit weg!

Ein solche Argumentation heißt aber, die Bedeutung des Volksganges und Wirtschaftsganges für die einzelne Arbeit übersehen. Selbst das stärkste Individuum wird sich mit seinen Ideen und seinen Arbeiten nicht durchsetzen können, wenn es nicht in der Nation und in der Wirtschaft der Nation den fräftigen Rückhalt hat, der die Verwirklichung der eigenen Ideen tüchtig. Wir verweisen nur darauf, in welchem Maße unsere Verarmung nach dem Kriege und der Niedergang unserer Wirtschaft in den Tagen der Inflation die Bestrebungen einzelner auf allen Gebieten gehindert hat. Es ist auch kein Zufall, daß

gerade wirtschaftlich blühende Nationen

dieserigen Köpfe hervorbringen, die ihr Wissensgebiet souverän beherrschen. Man denke nur an das prosperierende Amerika, wo die aufstrebende Wirtschaft, sei es nun auf dem Gebiet des Sports oder des wissenschaftlichen Fortschritts, der beste Nährboden für die Arbeit des Individuums ist. Schon wenn der einzelne in seiner Arbeit zu wichtigen Erkenntnissen kommt, baut er auf dem geistigen Eigentum anderer, auf den Aktiven der Nation auf. Seine Erkenntnisse kann er aber sicher nicht allein, ohne fremde Hilfe, durchsetzen. Er braucht die Hilfe der Nation, des Staates, und mancher gute Idee scheitert daran, ob dieser Staat in der Lage ist, helfend eingreifen zu können oder nicht. Das bezieht sich u. a. auf die Einrichtung von Schulen, Lehr- und Versuchsanstalten zur Ausbildung des Nachwuchses, auf die Anlage von Sportplätzen, Badeangelegenheiten, Stadien, wo die Jugend erluchtet werden soll, und das bezieht sich nicht zu guter Letzt auf die Hilfe des Staates, um wissenschaftliche Ideen induktiv anzuwerten, wie wir das in letzter Zeit z. B. auf dem Gebiet der Radio- und Flugtechnik gesehen haben. Reich und Länder sind aber in Deutschland durch den Krieg und durch die Inflation in ihrer finanziellen Kraft arg beschritten. Auf vielen Gebieten können für wissenschaftliche Forschung, Schulung der Jugend usw. nicht die nötigen Summen zur Verfügung gestellt werden.

Wenn die Entscheidung am 20. Juni nun zugunsten des Staates ausfällt, bedeutet das eine erhebliche finanzielle Schwächung des Staates zugunsten von Personen, von denen man sicher annehmen kann, daß sie ihre Renten oder, wenn es zu einer Kapitalabfindung der Fürsten kommt, ihr Vermögen nicht im Lande lassen.

Eine solche Entwicklung muß sich auf allen Gebieten bemerkbar machen, und an recht vielen Stellen wird der Staat zum Schaden der Nation nicht eingreifen können.

Mit der Zeit haben wir ein gutes Grundgesetz. Aber man kann auch am verkehrten Ende sparen, und am verkehrten Ende spart man, wenn man auf sein Recht, die Entscheidung am 20. Juni zu beeinflussen, verzichtet. Am 20. Juni muß jeder Zeit für den Weg zur Wahlurne haben, weil das der Dienst am Volksgangen fordert.